

ABSCHLUSSPRÜFUNG
für Patentanwaltsfachangestellte
am 10./11. Mai 2011
1. - Recht, Wirtschafts- und Sozialkunde

Name: Vorname:

Ausbilder:

LÖSUNGSBLATT PROGRAMMIERTE FRAGEN

1.2. Wirtschaftslehre

	a	b	c	d	e
1					
2					
3					
4					
5					
6					
7					
8					
9					
10					

	a	b	c	d	e
11					
12					
13					
14					
15					
16					
17					
18					
19					
20					

1.3. Sozialkunde

	a	b	c	d	e
1					
2					
3					
4					
5					
6					
7					
8					
9					
10					
11					
12					

	a	b	c	d	e
13					
14					
15					
16					
17					
18					
19					
20					
21					
22					
23					

.....
 (Unterschrift)

ABSCHLUSSPRÜFUNG
FÜR PATENTANWALTSFACHANGESTELLTE
10./11. Mai 2011

1. Recht, Wirtschafts- und Sozialkunde

Bearbeitungszeit insgesamt 90 Minuten

Erreichbare Punktezahl: 100

Erreichte Punktezahl:

Anteil (%):

Note:

.....
Erstkorrektur

.....
Zweitkorrektur

ABSCHLUSSPRÜFUNG
FÜR PATENTANWALTSFACHANGESTELLTE
10./11. Mai 2011

1. Recht, Wirtschafts- und Sozialkunde
Bearbeitungszeit insgesamt 90 Minuten

1.1 RECHT

Name:	Vorname:
Ausbilder:	Kanzleiort:

Erreichbare Punktezahl: ...

Erreichte Punktezahl: ...

Anteil (%): ...

Note: ...

.....
Erstkorrektur

.....
Zweitkorrektur

Hinweise:

Lösen Sie die folgenden Fälle mit Hilfe des BGB.

Um die volle Punktzahl bei den einzelnen Aufgaben zu erreichen, müssen Sie jeweils den bzw. die genauen Paragraphen (mit Absatz, Nr., Satz) angeben und Ihre Antwort begründen, soweit nichts anderes angegeben ist.

1. Aufgabe:

Die 17-jährige Nicole schließt am 05. April mit ihrer 20-jährigen Freundin Franziska einen Vertrag, wonach sie deren gebrauchten Blu-ray-Player für 150,- € kauft. Da Franziska den Player in den nächsten Tagen noch benötigt, vereinbaren beide weiterhin, dass Nicole am 13. April das Geld vorbei bringen und gleichzeitig den Player mitnehmen soll.

- a) Ist der Kaufvertrag über den Blu-ray-Player am 05. April wirksam, wenn die Eltern von Nicole zunächst nichts von dem Kauf wissen? (4 Punkte)

Variante zum Ausgangsfall:

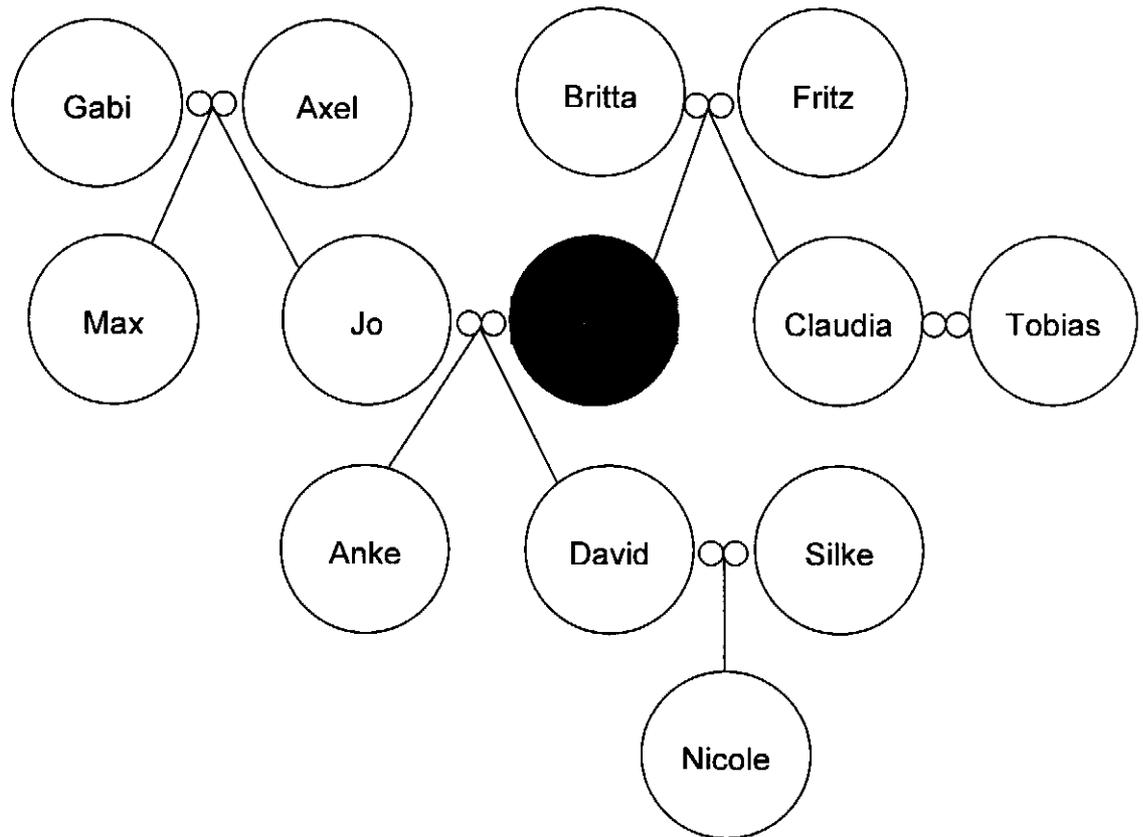
Wie beim Ausgangsfall, jedoch hat Nicole am 05. April den Blu-ray-Player gleich mitgenommen. Bezahlen soll sie aber erst am 13. April.

- b) Ist Nicole am 05. April Eigentümerin des Blu-ray-Players geworden? (3,5 Punkte)

- c) Da die Eltern von Nicole mit dem Kauf nicht einverstanden sind, verlangt Franziska ihren Player zurück. Auf welche Rechtsgrundlage kann sie sich dabei stützen? Nur § angeben! (1 Punkt)

2. Aufgabe:

Sehen Sie sich die folgende Skizze an. Beantworten Sie dann die Fragen.



- a) Ergänzen Sie die folgende Tabelle, indem Sie, **ausgehend von Kerstin** und der angegebenen Skizze, die korrekten Angaben eintragen. Paragraphen sind nicht zu nennen. (9 Punkte, je Zeile 3 x 0,5 Punkte)

Kerstin ist mit	verwandt (V) oder verschwegert (S)?	in gerader (G) oder Seitenlinie (S)?	in welchem Grad (1 oder 2 oder 3 etc.)?
Beispiel: Anke	V	G	1
Fritz			
Max			
Nicole			
Claudia			
Gabi			
Silke			

- b) Als Anke in eine finanzielle Notlage gerät, verlangt sie von ihrem vermögenden und gut verdienenden Bruder David Unterhalt. Zu Recht? (2 Punkte)
- c) Nachdem Claudia und Tobias rechtskräftig geschieden wurden, bezeichnet Kerstin, die sich immer sehr gut mit Tobias verstanden hat, diesen weiterhin als „Schwager“. Zu Recht? (2 Punkte)
- d) Anke verlobt sich am 05. Februar mit ihrem Arbeitskollegen Frank. Am 10. Juli richten Kerstin und Jo für ihre Tochter eine offizielle Verlobungsfeier aus, zu der ca. 70 Personen geladen sind und die 5.000,-- € kostet. Als Anke erfährt, dass Frank auch nach ihrer Verlobung zu mehreren Frauen intime Verhältnisse unterhält, löst sie die Verlobung.
Prüfen und begründen Sie, ob und falls ja, unter welcher Voraussetzung die Eltern die Kosten von 5.000,-- € von Frank zurück verlangen können! (4 Punkte)

- e) Nicole, die 16-jährige Tochter von David und Silke möchte ihren Freund Marko, 21 Jahre, heiraten, da ein gemeinsames Kind erwartet wird. Die Eltern von Nicole sind absolut gegen eine Eheschließung.

Bei welcher Stelle müsste Nicole einen Antrag stellen, um überhaupt heiraten zu können? (1 Punkt)

3. Aufgabe:

Herr Müller, Geschäftsführer der Müller Autowerkstatt GmbH, kauft am 14. September 2010 für sein Unternehmen bei der Media Elektronikmarkt AG einen Flachbildfernseher für 3.500,-- €, der am 04. Oktober 2010 geliefert und laut schriftlichem Kaufvertrag am 04. November 2010 bezahlt werden soll. Da die Müller Autowerkstatt GmbH jedoch nicht bezahlt, wird am 15. Dezember 2010 und am 05. Januar 2011 von der Buchhaltung der Media Elektronikmarkt AG jeweils eine Mahnung versandt.

- a) Welche Ansprüche können von der Media Elektronikmarkt AG geltend gemacht werden, da die Müller Autowerkstatt GmbH nicht rechtzeitig bezahlt hat? Bitte genau darstellen! (5,5 Punkte)

- b) Welche Verjährungsfrist gilt in diesem Fall? (2 Punkte)

- c) Geben Sie den ersten Tag der Verjährungsfrist an! (2 Punkte)

Fortsetzung zum Ausgangsfall 3:

Am 04. Februar 2011 leistet die Müller Autowerkstatt GmbH eine Teilzahlung.

- d) Welche Auswirkungen hat die Teilzahlung auf die Verjährung?
(2 Punkte)
- e) Mit Ablauf welchen Tages verjähren die Ansprüche der Media Elektronikmarkt AG?
(2 Punkte)

(Unterschrift)

ABSCHLUSSPRÜFUNG
FÜR PATENTANWALTSFACHANGESTELLTE
10./11. Mai 2011

1. Recht, Wirtschafts- und Sozialkunde

Bearbeitungszeit insgesamt 90 Minuten

1.2. WIRTSCHAFTSKUNDE

Name:	Vorname:
Ausbilder:	Kanzleiort:

Erreichbare Punktezahl: 30

Erreichte Punktezahl: ...

Anteil (%): ...

Note: ...

.....
Erstkorrektur

.....
Zweitkorrektur

WIRTSCHAFTSKUNDE TEIL I:

Die folgenden Aufgaben sind programmiert. Kreuzen Sie pro Aufgabe jeweils nur eine Antwort auf dem Lösungsblatt an!

1. Aufgabe:

Ein Schüler, der in den Ferien bei der Inventur geholfen hat, erhält seine Vergütung. Er hat kein Konto bei einem Kreditinstitut. Welches Zahlungsformular ist zu verwenden?

- a) Banküberweisungsformular
- b) Zahlschein
- c) Verrechnungsscheck
- d) Einzugsermächtigungs-Vordruck
- e) Barscheck

2. Aufgabe:

Sie erhalten einen Orderscheck. Welche Aussage ist richtig?

- a) Beim Orderscheck sind kaufmännische Bestandteile nicht erforderlich.
- b) Nur die namentlich auf dem Orderscheck genannte Person ist berechtigt, Zahlung aus dem Scheck zu verlangen.
- c) Beim Orderscheck sind die Vorlegungsfristen nicht zu beachten.
- d) Der Orderscheck kann nur einem Konto gutgeschrieben, nicht aber bar ausbezahlt werden.
- e) Wegen seiner geringen Verbreitung behandeln Banken einen Orderscheck wie einen Inhaberscheck.

3. Aufgabe:

Kreuzen Sie die richtige Antwort zur Geldkarte an!

- a) Die Geldkarte stellt eine Art „Elektronische Geldbörse“ dar, mittels der man kleinere Beträge zahlen kann.
- b) Wer mit der Geldkarte bezahlen möchte, muss bei seinem kontoführenden Kreditinstitut eine Kautions von 200,00 € hinterlegen.
- c) Mit der Geldkarte transferiert man überwiegend hohe Rechnungsbeträge von Konto zu Konto.
- d) Bei der Geldkarte handelt es sich um eine Kreditkarte.
- e) Mit der Geldkarte kann man bequem in allen Geschäften bargeldlos zahlen.

4. Aufgabe:

Welche Aussage trifft auf Kreditkarten zu?

- a) Die Bargeldbeschaffung an Geldautomaten ist immer gebührenfrei.
- b) Bei der Bezahlung braucht der Zahler stets eine PIN.
- c) Es werden oft Zusatzleistungen gewährt (z.B. Versicherungen).
- d) Kreditkarten werden häufig auch an Minderjährige ausgegeben.
- e) Mit der Kreditkarte kann man nur im Inland und in Europa bezahlen.

5. Aufgabe:

Die Auszubildende Erika Janssen zahlt ihre Einkäufe im Warenhaus mit ihrer EC-Karte. Dabei unterschreibt sie lediglich einen Abbuchungsbeleg, die Eingabe ihrer persönlichen Geheimzahl ist nicht erforderlich. Welche der folgenden Aussagen über dieses Zahlungsverfahren ist falsch?

- a) Der Händler hat keine Zahlungsgarantie.
- b) Die Belastung des Schuldnerkontos erfolgt im Rahmen des Lastschriftverfahrens.
- c) Die Abbuchung wird nur ausgeführt, wenn das Konto von Erika die erforderliche Deckung aufweist.
- d) Der Händler stellt bei diesem Zahlungsverfahren eine direkte Onlineverbindung zur kontoführenden Bank her.
- e) Es handelt sich um das ELV-Verfahren.

6. Aufgabe:

Welche ergonomischen Anforderungen sind bei der Errichtung eines Bildschirmarbeitsplatzes zu berücksichtigen?

- a) Ein Bildschirmarbeitsplatz darf wegen der Blendgefahr nicht in der Nähe eines Fensters sein.
- b) Es sollten Schwarzweiß-Monitore eingesetzt werden, weil Farbmonitore das Sehvermögen negativ beeinträchtigen.
- c) Ein Schreibtisch mit Bildschirm darf nicht höhenverstellbar sein, um das Umkippen und sonstige Unfälle zu vermeiden.
- d) Ein Bildschirmarbeitsplatz muss so gut vom Tageslicht ausgeleuchtet werden, dass keine zusätzlichen Lichtquellen erforderlich sind.
- e) Die Tastatur- und die Bildschirmenebene sollen verstellbar sein; ausreichender Beinraum ist erforderlich.

7. Aufgabe:

Den Mitarbeitern Herrn Meier und Herrn Huber wurde Gesamtprokura in dem Unternehmen, in dem sie tätig sind, erteilt. Prüfen Sie, welche Folge sich für Herrn Meier aus der Erteilung der Gesamtprokura ergibt!

- a) Er ist für alle Rechtsgeschäfte des Unternehmens alleinverantwortlich.
- b) Er muss die Bilanzen des Unternehmens unterschreiben.
- c) Er muss alle Rechtsgeschäfte mit Herrn Huber gemeinsam tätigen.
- d) Er kann auch im Namen des Herrn Huber Rechtsgeschäfte abwickeln.
- e) Er kann zusammen mit Herrn Huber einen neuen Gesellschafter in das Unternehmen aufnehmen.

8. Aufgabe:

Das Handelsgesetzbuch kennt verschiedene Unternehmensformen. Welche gehört nicht dazu?

- a) Offene Handelsgesellschaft
- b) Kommanditgesellschaft
- c) Gesellschaft mit beschränkter Haftung
- d) Aktiengesellschaft
- e) Gesellschaft des bürgerlichen Rechts

9. Aufgabe:

Welche Aussage über die OHG ist richtig?

- a) Die OHG zählt zu den Kapitalgesellschaften.
- b) Die OHG wird in Abteilung B des Handelsregisters eingetragen.
- c) Der Umfang der Vertretungsmacht einzelner Gesellschafter lässt sich per Gesellschaftsvertrag nicht beschränken.
- d) Die Vertretungsbefugnis der Gesellschafter der OHG kann für einzelne Gesellschafter durch den Gesellschaftsvertrag nicht ausgeschlossen werden.
- e) Bei der OHG handelt es sich um einen Formkaufmann.

10. Aufgabe:

Wer hat nach dem HGB in einer Kommanditgesellschaft die Geschäftsführung und Vertretung, wenn im Gesellschaftsvertrag keine andere Vereinbarung getroffen wird?

- a) Die Komplementäre
- b) Die Kommanditisten
- c) Die Kommanditisten und die Komplementäre gemeinsam
- d) Alle Gesellschafter gemeinsam
- e) Der Vorstand

11. Aufgabe:

Welche Aufgabe hat unter anderem der Aufsichtsrat einer Aktiengesellschaft?

- a) Er ernennt den Vorstand und kontrolliert ihn.
- b) Er führt die Geschäfte der Unternehmung.
- c) Er beruft die ordentliche Hauptversammlung der Aktionäre ein.
- d) Er verhandelt mit dem Betriebsrat über soziale Maßnahmen in der Unternehmung.
- e) Er schließt mit dem Betriebsrat Betriebsvereinbarungen ab.

12. Aufgabe:

Entscheiden Sie, welche Aussage über die GmbH, bzw. die Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt) falsch ist.

- a) Das Mindeststammkapital einer GmbH beträgt 25.000,00 €.
- b) Der Gesellschaftsvertrag einer GmbH muss notariell beurkundet werden.
- c) Bei einer Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt) handelt es sich um eine Personengesellschaft.
- d) Eine GmbH wird in Abteilung B des Handelsregisters eingetragen.
- e) Das Stammkapital einer Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt) muss mindestens 1 € betragen.

13. Aufgabe:

Welche Aussage ist falsch?

- a) Die GmbH & Co. KG ist eine Kommanditgesellschaft.
- b) Bei einer GmbH & Co. KG ist die GmbH der Vollhafter.
- c) Den Kommanditisten der GmbH & Co. KG steht die Geschäftsführung und Vertretung zu.
- d) Die GmbH & Co. KG ist keine Kapitalgesellschaft.
- e) Die Kreditwürdigkeit der GmbH & Co. KG ist relativ niedrig, weil sich hier zwei Unternehmungsformen vereinigen, bei denen es keinen Vollhafter gibt.

14. Aufgabe:

Welche Aussage trifft auf die Zession zu?

- a) Verkauf eines Wechsels an die Bank.
- b) Kreditsicherung durch einen Bürgen.
- c) Abtretung der Kundenforderung an die kreditgebende Bank.
- d) Sicherung des Kredits durch Übereignung beweglicher Sachen an den Kreditgeber.
- e) Verpfändung von Wertpapieren an den Kreditgeber.

15. Aufgabe:

In welchem Fall handelt die Großhandlung bei der Nutzung ihrer Pkw nach dem ökonomischen Prinzip als Minimalprinzip?

- a) Zur Sicherstellung einer maximalen Nutzungszeit der Pkw steht ein festgelegter Jahresetat für Reparatur und Wartung zur Verfügung.
- b) Die Pkw werden für eine festgelegte Mindestnutzungszeit von fünf Jahren eingesetzt.
- c) Es wird versucht für ausgemusterte Pkw einen maximalen Preis zu erzielen.
- d) Die Pkw müssen immer einsatzbereit sein, wobei die Kosten für Reparatur und Wartung möglichst gering gehalten werden sollen.
- e) Es wird versucht die Pkw möglichst billig einzukaufen und möglichst lange zu nutzen.

16. Aufgabe:

Welche Tätigkeit gehört zum sekundären Wirtschaftsbereich Weiterverarbeitung?

- a) Ein Versicherungsvertreter vermittelt einen Vertrag für eine Lebensversicherung.
- b) Ein Handelsvertreter nimmt einen Auftrag entgegen.
- c) Ein Landwirt erntet Rüben für die Zuckerproduktion.
- d) Ein Arbeiter lackiert Autokarosserien im Automobilwerk.
- e) Die Mitglieder eines Sportvereins bauen nach Feierabend ein Vereinsheim.

17. Aufgabe:

Welcher Zusammenhang besteht im Modell der vollkommenen Konkurrenz (Polypol) zwischen dem Preis eines Gutes und der nachgefragten Menge?

- a) Wenn der Preis steigt, bleibt die Menge gleich
- b) Wenn der Preis steigt, sinkt die Menge
- c) Wenn der Preis steigt, steigt die Menge
- d) Wenn der Preis sinkt, sinkt die Menge
- e) Wenn der Preis sinkt, bleibt die Menge gleich

18. Aufgabe:

Welches Wertpapier ist ein sog. „nicht vertretbares Kapitalwertpapier“?

- a) Konnossement
- b) Hypothekenbrief
- c) Banknote
- d) Inhaberscheck
- e) Inhaberaktie

19. Aufgabe:

Welche Aussage über die Einkommensteuer ist richtig?

- a) Die Einkommenssteuer ist eine Verkehrssteuer.
- b) Zinseinkünfte sind nicht einkommenssteuerpflichtig.
- c) Innerhalb der Progressionszone des Einkommensteuertarifs werden steigende Einkommen mit einem gleich bleibenden Steuersatz belastet.
- d) Für die Proportionalzone gilt folgende Aussage: Ab dem jeweils geltenden Höchststeuersatz steigt die Einkommensteuerschuld proportional an.
- e) Die Einkünfte eines Patentanwaltes zählen zu den Einkünften aus nicht selbständiger Arbeit.

20. Aufgabe:

Welche Steuer ist eine indirekte Steuer?

- a) Hundesteuer
- b) Lohnsteuer
- c) Biersteuer
- d) Gewerbesteuer
- e) Körperschaftsteuer

WIRTSCHAFTSKUNDE TEIL II: Offene Fragen

1. Aufgabe:

Nennen Sie einen Unterschied zwischen dem Inhaberscheck und dem Orderscheck. (2 Punkte)

.....

.....

.....

2. Aufgabe:

Ordnen Sie den untenstehenden Kreditarten zu: (6 Punkte)

1. einfacher Personalkredit
2. verstärkter Personalkredit
3. Realkredit durch Absicherung von beweglichen Sachen
4. Realkredit durch Absicherung von unbeweglichen Sachen

- a) Zession
- b) Sicherungsübereignung
- c) Bürgschaft
- d) Hypothek
- e) Grundschuld
- f) Wechseldiskontkredit

3. Aufgabe:

Ordnen Sie die folgenden Beispiele jeweils der richtigen Wertpapierart zu. Tragen Sie hierzu die richtige Ziffer ein! (2 Punkte)

Gläubigereffekte: 1

Teilhabereffekte: 2

Beispiel	Wertpapierart
Investmentzertifikat	
Pfandbrief	
Bundesobligation	
Aktie	

.....
(Unterschrift)

**ABSCHLUSSPRÜFUNG
FÜR PATENTANWALTSFACHANGESTELLTE**

10./11. Mai 2011

1. Recht, Wirtschafts- und Sozialkunde

Bearbeitungszeit insgesamt 90 Minuten

1.3. SOZIALKUNDE

Name:	Vorname:
Ausbilder:	Kanzleiort:

Erreichbare Punktezahl: 30

Erreichte Punktezahl: ...

Anteil (%): ...

Note: ...

.....
Erstkorrektur

.....
Zweitkorrektur

SOZIALKUNDE TEIL I:

Die folgenden Aufgaben sind programmiert. Kreuzen Sie pro Aufgabe jeweils nur eine Antwort auf dem Lösungsblatt an!

1. Aufgabe:

Welches Gesetz bestimmt im Wesentlichen den Inhalt des Berufsausbildungsvertrages?

- a) Handelsgesetzbuch
- b) Betriebsverfassungsgesetz
- c) Jugendarbeitsschutzgesetz
- d) Berufsausbildungsförderungsgesetz
- e) Berufsbildungsgesetz

2. Aufgabe:

Ihnen wird ein Berufsausbildungsvertrag vorgelegt. Sie sollen ihn auf überflüssige Inhalte überprüfen. Welche Angabe muss in einem Ausbildungsvertrag nicht enthalten sein?

- a) Beginn und Dauer der Berufsausbildung
- b) Dauer der Probezeit
- c) Kündigungsgründe während der Probezeit
- d) Zahlung und Höhe der Vergütung
- e) Ort der Ausbildung

3. Aufgabe:

Eine Auszubildende möchte wissen, unter welchen Voraussetzungen das Berufsausbildungsverhältnis gekündigt werden kann. Welche Aussage ist richtig?

- a) Nach der Probezeit kann das Berufsausbildungsverhältnis aus einem wichtigen Grund gekündigt werden.
- b) Die Kündigung des Vertragsverhältnisses kann auch mündlich erfolgen.
- c) Die Kündigungsfrist beträgt nach der Probezeit 6 Wochen.
- d) Nach der Probezeit kann das Berufsausbildungsverhältnis in keinem Fall mehr gekündigt werden.
- e) Während der Probezeit kann das Berufsausbildungsverhältnis nur unter Angabe eines Grundes gekündigt werden.

4. Aufgabe:

Die verantwortliche Ausbilderin wird beauftragt, das Ausbildungszeugnis für eine Auszubildende zu erstellen, die ihre Ausbildung beendet hat. Welche Angaben sind nur auf Verlangen der Auszubildenden in das Zeugnis aufzunehmen?

- a) Angabe über die Teilnahme an Fortbildungsmaßnahmen außerhalb der Ausbildungsstätte .
- b) Die genaue Datumsangabe hinsichtlich Beginn und Ende der Ausbildungszeit.
- c) Die genaue Bezeichnung des erlernten Ausbildungsberufs.
- d) Angaben über Leistung und Verhalten der Auszubildenden.
- e) Eine Aussage zu den erworbenen Kenntnissen und Fertigkeiten der Auszubildenden während der Ausbildung.

5. Aufgabe:

Welche Aussage entspricht den Bestimmungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes?

- a) Nach Beendigung der täglichen Arbeitszeit dürfen Jugendliche nicht vor Ablauf einer ununterbrochenen Freizeit von mindestens 15 Stunden beschäftigt werden.
- b) Jugendliche dürfen nicht mehr als sieben Stunden täglich beschäftigt werden.
- c) Das Jugendarbeitsschutzgesetz soll alle junge Menschen unter 21 Jahren vor einer Gefährdung ihrer Gesundheit oder Störung ihrer Entwicklung bewahren.
- d) Jugendliche Arbeitnehmer dürfen grundsätzlich nicht mit Akkordarbeiten beschäftigt werden oder andere tempoabhängige Arbeiten ausführen, mit denen ein höheres Entgelt erzielt werden kann.
- e) Jugendliche Auszubildende müssen im Rahmen der Abschlussprüfung zwei Arbeitstage vor der Prüfung freigestellt werden.

6. Aufgabe:

In welchem Gesetz bzw. in welcher Verordnung ist der Mindesturlaub für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer über 18 Jahre gesetzlich geregelt?

- a) Jugenschutzgesetz
- b) Bundesurlaubsgesetz
- c) Betriebsverfassungsgesetz
- d) Arbeitszeitordnung
- e) Gewerbeordnung

7. Aufgabe:**Welche Aussage zum Mutterschutzgesetz ist richtig?**

- a) In den letzten sechs Wochen vor der Entbindung dürfen werdende Mütter nicht beschäftigt werden, es sei denn, dass sie sich ausdrücklich zur Arbeitsleistung bereit erklären.
- b) Auf Wunsch können Mütter sofort nach der Entbindung ihre frühere Tätigkeit im Betrieb wieder aufnehmen.
- c) Bis sechs Wochen vor der Entbindung darf eine werdende Mutter mit schweren körperlichen Arbeiten beschäftigt werden.
- d) Eine werdende Mutter darf auf eigenen Wunsch Akkordarbeit verrichten.
- e) Während der gesamten Zeit der Schwangerschaft darf eine werdende Mutter nicht länger als vier Stunden am Tag eine stehende Tätigkeit ausüben.

8. Aufgabe:**Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben unter bestimmten Voraussetzungen gesetzlichen Anspruch auf Elternzeit. Welche Aussage hierzu ist richtig?**

- a) Der Anspruch auf Elternzeit besteht grundsätzlich bis zur Vollendung des zweiten Lebensjahres des Kindes.
- b) Der Anspruch auf Elternzeit besteht bis zur Vollendung des dritten Lebensjahres des Kindes.
- c) Die Dauer der Elternzeit beträgt bis zu sechs Monaten nach der Geburt des Kindes.
- d) Während der Inanspruchnahme der Elternzeit kann der Arbeitgeber der Arbeitnehmerin bzw. dem Arbeitnehmer unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von vier Wochen kündigen.
- e) Der Anspruch auf Elternzeit steht nur der Mutter des Kindes zu.

9. Aufgabe:**Welches Gericht ist für eine Angestellte/ einen Angestellten zuständig, die/der sich gegen eine sozial ungerechtfertigte Kündigung wehren möchte?**

- a) Verwaltungsgericht
- b) Amtsgericht
- c) Landgericht
- d) Sozialgericht
- e) Arbeitsgericht

10. Aufgabe:**Welcher Personenkreis genießt einen besonderen Kündigungsschutz?**

- a) Leitende Angestellte
- b) Sicherheitsbeauftragte für die Unfallverhütung
- c) Mitglieder des Betriebsrates
- d) Betriebliche Ausbilderinnen/Ausbilder
- e) Auszubildende in der Probezeit

11. Aufgabe:**Welche Formvorschrift ist hinsichtlich der Kündigung eines Arbeitsverhältnisses zu beachten?**

- a) Die Kündigung muss schriftlich erfolgen.
- b) Die Kündigung kann mündlich erfolgen.
- c) Die Kündigung muss nur dann schriftlich erfolgen, wenn es so im Arbeitsvertrag vereinbart wurde.
- d) Die Kündigung muss nur dann schriftlich erfolgen, wenn es tarifvertraglich so vereinbart worden ist.
- e) Die Kündigung kann in elektronischer Form erfolgen.

12. Aufgabe:**Eine 28-jährige Angestellte, seit drei Jahren im Betrieb (20 Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer) beschäftigt, will eine neue Stelle antreten, weil ihr dort bessere Verdienstmöglichkeiten geboten werden. Wie lange ist ihre gesetzliche Kündigungsfrist?**

- a) Vier Wochen zum Quartalsende
- b) Sechs Wochen zum Quartalsende
- c) Vier Wochen zum 15. oder zum Ende des Monats
- d) Zwei Wochen zum Monatsende
- e) Sechs Wochen zum 15. oder zum Monatsende

13. Aufgabe:**Welche Aussage über die Schlichtung in einem Tarifkonflikt trifft zu?**

- a) Der Schlichter unterbreitet einen Kompromissvorschlag, den die Tarifpartner annehmen müssen.
- b) Der Vorschlag des Schlichters wird rechtswirksam, wenn ihm die Mehrheit der Arbeitnehmer zustimmt.
- c) Das Schlichtungsverfahren setzt erst dann ein, wenn der durch Streik oder Aussperrung verursachte volkswirtschaftliche Schaden nicht mehr vertretbar ist.
- d) Das Schlichtungsverfahren kann erst dann eingeleitet werden, wenn sich mindestens 75 % der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer dafür aussprechen.
- e) Der Vorschlag des Schlichters führt zum Ende der Tarifaueinandersetzung, wenn er von beiden Tarifpartnern angenommen wird.

14. Aufgabe:**Was versteht man im Tarifrecht unter dem Begriff *Tarifautonomie*?**

- a) Jeder Betrieb mit mehr als fünf festangestellten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern muss Tarifvereinbarungen treffen.
- b) Zwischen den Tarifpartnern werden Vereinbarungen getroffen, ohne dass der Staat direkt eingreift.
- c) Tarifvereinbarungen zwischen den Tarifpartnern bedürfen der staatlichen Genehmigung.
- d) Tarifvertragliche Vereinbarungen passen sich automatisch den geänderten volkswirtschaftlichen Verhältnissen an.
- e) Vereinbarungen zwischen zwei Tarifpartnern werden mit Zustimmung der Bundesregierung auch für andere Tarifpartner wirksam.

15. Aufgabe:**Wer führt die Sozialversicherungsbeiträge für die beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ab?**

- a) Der Arbeitnehmer
- b) Das Finanzamt
- c) Die Arbeitsagentur
- d) Der Arbeitgeber
- e) Der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer

16. Aufgabe:**Die Leistungen der gesetzlichen Sozialversicherung werden von unterschiedlichen Trägern erbracht. Welche der nachfolgenden Leistungen übernimmt die zuständige Berufsgenossenschaft?**

- a) Altersruhegeld
- b) Verletztengeld nach einem Wegeunfall
- c) Übernahme der Kosten für Vorsorgeuntersuchungen
- d) Erwerbsunfähigkeitsrente
- e) Arbeitslosengeld I

17. Aufgabe:**In welchem Sozialversicherungszweig müssen kinderlose Arbeitnehmer über 23 Lebensjahren einen höheren Beitrag entrichten als Arbeitnehmer mit Kindern?**

- a) Arbeitslosenversicherung
- b) Krankenversicherung
- c) Pflegeversicherung
- d) Betriebliche Unfallversicherung
- e) Rentenversicherung

18. Aufgabe:

Wie wirkt sich eine Erhöhung der Rentenversicherungsbeiträge auf die Personalkosten der Unternehmung aus?

- a) Da der Unternehmer die Hälfte der Beiträge zur Rentenversicherung trägt, erhöhen sich die Personalkosten.
- b) Wenn sich die Beiträge zur Rentenversicherung erhöhen, werden automatisch die Beitragsbemessungsgrenzen vermindert, damit die Gesamtbelastung gleich bleibt.
- c) Da die Beiträge an die Nettolohnentwicklung gekoppelt sind, werden prozentuale Erhöhungen der Rentenversicherungsbeiträge durch höhere Löhne wieder aufgefangen.
- d) Wenn sich die Beiträge zur Rentenversicherung erhöhen, wird die Beitragsbemessungsgrenze automatisch gesenkt, damit die Lohnnebenkostenbelastung für die Unternehmen gleich bleibt.
- e) Eine Erhöhung der Rentenversicherungsbeiträge hat keine Auswirkung auf die Personalkosten der Unternehmung, denn die Erhöhung betrifft nur die Arbeitnehmer.

19. Aufgabe:

Welche der folgenden Versicherungen zählt man zu den Sachversicherungen?

- a) Haftpflichtversicherung
- b) Lebensversicherung
- c) Private Krankenversicherung
- d) Private Unfallversicherung
- e) Hausratversicherung

20. Aufgabe:

Was ist mit den Prinzipien eines demokratischen Staates unvereinbar?

- a) Freie Religionsausübung
- b) Freie Berufs- und Arbeitsplatzwahl
- c) Pressezensur
- d) Teilung der Staatsgewalt
- e) Föderalismus

21. Aufgabe:

Welches Grundrecht erlaubt es, in der Bundesrepublik Deutschland jederzeit eine Partei zu gründen?

- a) Koalitionsrecht
- b) Petitionsrecht
- c) Freizügigkeit im Bundesgebiet
- d) Versammlungsfreiheit
- e) Asylrecht

22. Aufgabe:

Welche der folgenden europäischen Institutionen kann eine Zinssenkung beschließen?

- a) EU-Kommission
- b) EU-Ministerrat
- c) Europäische Zentralbank
- d) Europarat
- e) Europäisches Parlament

23. Aufgabe:

Welches der folgenden Merkmale trifft auf die soziale Marktwirtschaft zu?

- a) Zentralplanung und Vorgabe der Daten für die Leistungserstellung
- b) Kollektives Eigentum an Produktionsmitteln und Privateigentum an Konsumgütern
- c) Staatliche Preisfestsetzung und Vollbeschäftigungsgarantie
- d) Privateigentum an den Produktionsmitteln und Sozialbindung des Eigentums
- e) Keine Allgemeinverbindlichkeitserklärung der Tarifverträge, aber Garantie der Arbeitsplätze

**SOZIALKUNDE TEIL II:
Offene Fragen**

1. Aufgabe:

Ein wesentliches Merkmal der Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland ist der freie Wettbewerb der Wirtschaftsteilnehmer.

a) Nennen Sie ein Beispiel, wie der wirtschaftliche Wettbewerb durch die an der Wirtschaft Beteiligten eingeschränkt oder gefährdet werden könnte.

(1 P)

.....

.....

.....

b) Nennen Sie ein Gesetz (keine Abkürzung), das in der Bundesrepublik Deutschland dazu dient, den Wettbewerb zu schützen.

(1 P)

.....

.....

.....

c) Welche staatliche Institution wacht in der Bundesrepublik Deutschland darüber, dass der freie Wettbewerb eingehalten wird?

(1 P)

.....

.....

2. Aufgabe:

Eine 32-jährige Patentanwaltsfachangestellte wurde infolge eines Verkehrsunfalls verletzt und muss sich aufgrund eines komplizierten Knochenbruches einer Operation unterziehen. Sie wird voraussichtlich mehrere Wochen arbeitsunfähig bleiben. Erläutern Sie, ob das Gehalt eines Arbeitnehmers im Krankheitsfall weiterbezahlt wird und ob nach einem bestimmten Zeitraum eine andere Versicherungsleistung in Anspruch genommen werden kann. Geben Sie bei Ihrer Antwort auch die jeweilige Dauer der Leistungen an.

(3 P)

.....
.....
.....

3. Aufgabe:

In welchem EU-Land wurde seit 01.01.2011 der EURO eingeführt? **(1 P)**

.....
.....
.....

.....
(Unterschrift)

**ABSCHLUSSPRÜFUNG
FÜR PATENTANWALTSFACHANGESTELLTE**

10./11. Mai 2011

2. Rechnungswesen

Bearbeitungszeit 60 Minuten

Name:	Vorname:
Ausbilder:	Kanzleiort:

Erreichbare Punktezah Rechnen (Teil A):	25	Erreichte Punktezah : ...
Erreichbare Punktezah Buchführung (Teil B+C):	25	Erreichte Punktezah : ...
Erreichbare Punktezah Rechnungswesen insgesamt:	50	Erreichte Punktezah : ...
Anteil (%) :	...	
Note :	...	

.....
Erstkorrektur

.....
Zweitkorrektur

Teil I: Rechnen

Bei **allen** Aufgaben sind Ansätze, Lösungsweg, Zwischenergebnisse und Nebenrechnungen **übersichtlich** darzustellen. Sie werden mitbewertet. Endergebnisse allein ergeben **keine** Punktbewertung.

Zugelassenes Hilfsmittel: siehe Einladungsschreiben zur Abschlussprüfung

1. Aufgabe: (4,0P)

Für die Kanzleiräume einer Sozietät von drei Patentanwälten beträgt die monatliche Miete 4.811,40 €. Die Miete soll nach dem Nutzungsanteil an den Räumlichkeiten verteilt werden: Patentanwalt K. nutzt 76,00 m², Patentanwalt R. 58,00 m² und Patentanwalt T. 64,00 m².

Berechnen Sie in Form eines - zwingend vorgeschriebenen - Spaltenschemas, welchen Mietanteil der einzelne PA zu übernehmen hat.

2. Aufgabe: (4,0P)

Ein Bürobedarfshaus lieferte am 04.03.2011 der Kanzlei von PA K. Büroartikel zum Bruttoverkaufspreis von 1.876,40 €. Die beiliegende Rechnung enthielt folgende Zahlungsbedingung: „Zahlungsziel 1 Monat ab Erhalt der Rechnung. Wird der Rechnungsbetrag innerhalb von zwei Wochen nach Erhalt der Rechnung bezahlt, dürfen 2 % Skonto in Abzug gebracht werden. Bei verspäteter Zahlung sind 10,75 % Verzugszinsen zu entrichten.“

Die Rechnung wurde versehentlich nicht bezahlt. Nach Erhalt einer Mahnung, in der vom Gläubiger außerdem 3,50 € Mahnkosten in Rechnung gestellt wurden, wird sie am 10.05.2011 beglichen. Berechnen Sie den Überweisungsbetrag.

3. Aufgabe: (6,5P)

Vor zwei Jahren hat PA K. den Patentanwaltsfachangestellten P. eingestellt. Er erhöhte das monatliche Bruttogehalt dieses Angestellten zu Beginn des letzten Jahres um 2,75 % und zu Beginn dieses Jahres um 4,25 %. Der monatliche Bruttoverdienst beträgt jetzt 4.070,44 €.

- A) In welcher Höhe wurde das monatliche Bruttogehalt bei der Einstellung im Jahr 2009 vereinbart?
- B) Um wie viel hat sich das monatliche Bruttogehalt seit der Einstellung insgesamt prozentual verändert?

4. Aufgabe: (3,0P)

PA K. muss zu einer Fachtagung nach Zürich reisen. Er tauscht vor seiner Abreise in Deutschland 500,00 € in CHF (= Schweizer Franken) um. Es gelten folgende Kurse:

Auszug aus der Kurstabelle: Umrechnungskurse der Nicht-EURO-Länder bei Mengennotierung Basis = 1 €					
Land	ISO-Code	Devisenkurse		Sortenkurse	
		Geld	Brief	Verkauf	Ankauf
Schweiz	CHF	1,2495	1,2540	1,22	1,29

Wie viele Schweizer Franken werden PA K. am deutschen Bankschalter ausbezahlt?

5. Aufgabe: (7,5P)

PA K. überlegt, wie er im Hinblick auf seine Altersvorsorge sein Vermögen am besten anlegen könnte. Seine Bank hat ihm ein Angebot über eine langfristige Geldanlage in börsennotierten festverzinslichen Bundeswertpapieren mit einer effektiven Verzinsung von 2,84 % gemacht.

Von einem Makler erhält er folgendes Kaufangebot über eine vermietete Immobilie:

Der Kaufpreis des Gebäudes beträgt 580.000,00 €. Zur Finanzierung des Kaufpreises müsste der PA ein Hypothekendarlehen in Höhe von 250.000,00 € aufnehmen, das mit 3,75 % p. a. zu verzinsen ist. Den restlichen Kaufpreis könnte PA K. aus Eigenmitteln begleichen. Die monatlichen Mieteinnahmen betragen 3.980,00 €. An Grundbesitzabgaben sind halbjährlich 980,00 € zu entrichten. Die Gebäudeunterhaltskosten betragen vierteljährlich 1.950,00 €. Jährliche Abschreibungen müssen in Höhe von 2 % des Kaufpreises berücksichtigt werden.

PA K. prüft, welche Vermögensanlage für ihn rentabler ist. Ermitteln Sie zu diesem Zweck bei der Immobilie die effektive Verzinsung des einzusetzenden Eigenkapitals und stellen Sie fest, welche Geldanlage rentabler ist.

Teil II: Buchführung

Bilden Sie zu den folgenden Geschäftsfällen die Buchungssätze nach dem Nettoverfahren, wenn nichts anderes angegeben ist.

Verwenden Sie eindeutige Kontenbezeichnungen!

Alle Buchungssätze sind auf dem beigefügten Lösungsblatt aufzuführen.

Der anzuwendende Umsatzsteuersatz beträgt 19% bzw. ermäßigt 7%.

Zugelassenes Hilfsmittel: siehe Einladungsschreiben zur Abschlussprüfung

A. Buchungssätze

1. Aufgabe: (2,5P)

PA K. kauft eine Fachzeitschrift bar, einschließlich Umsatzsteuer, für 48,15 €.

2. Aufgabe: (1,0P)

PA K. legt für Übersetzungskosten und Schreibarbeiten 680,00 € für den Mandanten Schmidt bar vor.

3. Aufgabe: (1,0P)

PA K. erhält eine Beitragserstattung seiner Privaten Krankenversicherung i. H. v. 495,00 € auf sein Bankkonto überweisen.

4. Aufgabe: (2,5P)

PA K. begleicht die Rechnung für die Inspektion des Kanzleiwagens in Höhe von 448,00 € brutto bar.

5. Aufgabe: (6,5P)

- a) PA K. kauft eine neue Büroeinrichtung für die Kanzlei für 39.000,00 € + USt. im Juli dieses Jahres per Bankscheck.
In der Kanzlei nicht mehr genutzte Gegenstände (ohne Buchwert) werden mit 1.071,00 € brutto in Zahlung gegeben.
Hierfür einen Buchungssatz bilden!
- b) Die Nutzungsdauer der Einrichtung beträgt 13 Jahre bei linearer Abschreibung. Buchen Sie die Abschreibung am Ende des Anschaffungsjahres.

6. Aufgabe: (2,0P)

Für seine Unterrichtstätigkeit in der Berufsschule erhält PA K. 150,00 € brutto per Bankscheck. (Hier ist der Buchungssatz nach dem Bruttoverfahren verlangt!)

Prüfungsteilnehmer/in: **Zuname:** **Vorname:**
Abschlussprüfung 2011 PA Buchführung

B. Ermittlung der Zahllast aus Bruttobeträgen und Kontenabschluss

Auf den Konten Vorsteuer (VoSt) bzw. Honorarerträge (HE) einer Kanzlei finden Sie die folgenden Eintragungen vor. Die Buchungen auf dem Konto HE sind nach dem Bruttoverfahren gebucht, die auf dem Konto VoSt nach dem Nettoverfahren.

S	Vorsteuer (= VoSt)	S	Umsatzsteuer (= USt)
	1.790,20		
	722,40		
	348,60		
	120,10		
S	Honorarerträge (= HE)	S	H
			10.380,00
			6.520,80
			5.870,00
			4.290,60

Lösen Sie die folgenden Aufgaben. Im Hauptbuch muss nicht gebucht werden!

- a) Ermitteln Sie bitte die vereinnahmte Umsatzsteuer und geben Sie hier den Betrag an! (1,0P)

- b) Buchen Sie diesen Betrag der vereinnahmten Umsatzsteuer auf das passende Konto um! Geben Sie hierfür den Buchungssatz mit Euro-Beträgen an. (1,0P)

- c) Schließen Sie das Konto Vorsteuer über das passende Konto ab. Geben Sie hierfür den Buchungssatz mit Euro-Beträgen an. (1,5P)

- d) Schließen Sie das Konto Umsatzsteuer ab. Überweisen Sie die Zahllast per Banküberweisung an das Finanzamt. Geben Sie hierfür den Buchungssatz mit Euro-Beträgen an. (1,5P)

- e) Schließen Sie das Konto Honorarerträge ab. Geben Sie hierfür den Buchungssatz mit Euro-Beträgen an. (1,5P)

C. Kontensystematik:**Kreuzen Sie bitte bei jeder Aussage die zutreffende Antwort an! (6 * 0,5P)**

Aussagen	richtig	falsch
a) Bei den passiven Bestandskonten stehen die Zugänge auf der Sollseite.		
b) Die Passivseite der Bilanz ist wertmäßig meist geringer als die Aktivseite.		
c) Die Aktivseite der Bilanz gibt Auskunft über die Kapitalverwendung.		
d) Der zusammengesetzte Buchungssatz berührt immer mindestens drei Konten.		
e) Aufwendungen erhöhen letztlich das Eigenkapital.		
f) Erträge werden immer im Soll gebucht.		

.....
(Unterschrift)

**Prüfung
Fachbezogene Informationsverarbeitung
Teil A – Mai 2011**

- Patentanwaltsfachangestellte -

Ablaufplan Formulieren und Gestalten

1. Aktivieren Sie die Briefmaske aus dem Homeverzeichnis
H: - Unterordner PA-2011-...

2. Beschriften am Bildschirm:
Kopfzeile:

Vor- und Nachname:

Klasse:

Datum:

Erste Zeile:

Abschlussprüfung für PA-Fachang. 2011 (FIV Teil A)

3. Speichern im gleichen Verzeichnis unter: **Brief-Nachname**

4. Ausgabe der Situationsaufgabe

5. Bearbeitungszeit: 60 Minuten (Zwischenspeicherung jederzeit erlaubt)

6. Endversion speichern und 2 Exemplare ausdrucken

7. Datei schließen

8. Ausdrücke unterschreiben

FIV, Teil a, Mai 2011

Es geht um einen fachkundlichen Brief, den Sie an Ihre Mandantin DentTech GmbH, Am Deich 165, 27572 Bremerhaven formulieren und gestalten sollen. Mit dem Brief soll der Geschäftsführer der DentTech GmbH, Herr Dr. Christian Witte, nach den Vorgaben Ihres Ausbilders, Herr Friedrich Freund, angesprochen werden.

Ihre Mandantin hat eine PCT-Anmeldung käuflich erworben, die beim Anmeldeamt RO/EP im Namen einer englischen Firma eingereicht wurde. Es handelt sich um folgende Anmeldedaten:

Erster Anmelder +“fiktiver gemeinsamer Vertreter“: HI-DENT, LLC, London/GB

Anmeldenummer: PCT/EP2011/000027

Internationales Anmeldedatum: 1. Januar 2011

Prioritätsanspruch: US, 15. August 2010, 12/568,879

Verfahrenssprache: Englisch

Ihre Mandantin bittet Sie, die für die Umschreibung und Vertretungsübernahme erforderlichen Schritte einzuleiten. Ferner wendet Herr Dr. Witte sich an Sie mit Fragen bezüglich erforderlicher Änderungen des Anmeldungstextes und des weiteren Verfahrensablaufs.

Sie sollen den Mandanten auf die vorzunehmenden Handlungen hinweisen. Gehen Sie dabei davon aus, dass der Mandant ein kleiner mittelständischer Betrieb ist, der in Patentangelegenheiten nicht sehr erfahren ist. Teilen Sie ihm auch entsprechende Fristen für die jeweils vorzunehmende Handlung oder Maßnahmen mit.

Die Ihnen am wichtigsten erscheinenden Angaben sollen Sie zentrieren, fett schreiben oder sinnvoll hervorheben. Sofern Sie zu einem bestimmten Termin eine Weisung erwarten, wäre dies ebenfalls hervorzuheben. Anlagen zum Brief zählen Sie bitte einzeln auf, einen Pauschalhinweis auf erwähnte Anlagen vermeiden Sie bitte.

Aufgabe:

Die folgende Agenda soll Ihnen helfen, den Brief aufzubauen und die wichtigsten Fakten der Reihe nach mitzuteilen:

1. Betreffzeilen aufbauen, Anrede und Adresse
2. Geraffte Wiedergabe des Sachverhaltes in einigen für den Empfänger verständlichen Worten
 - Was ist geschehen?
 - Was ist zu tun?
3. Ehe Ihr Ausbilder zu einer Geschäftsreise aufbricht, gibt er Ihnen folgende Anweisungen:
 - Das Aktenzeichen des Mandanten ist “Dent-PCT-3“, das Diktatzeichen Ihres Ausbilders ist “FF“, Ihr eigenes Aktenzeichen ist “D 2419 PCT“.
 - Entnehmen Sie bitte die entsprechenden Aktenzeichen und Daten dem Bescheid der Internationalen Recherchenbehörde ISA/EP und rechnen Sie hieraus ggf. notwendige Fristen aus.

Antrag auf Eintragung einer Änderung (R92bis PCT)

Herr Dr. Witte hat Ihnen mit seinem Auftragsschreiben die Kopie einer Übertragungserklärung übersandt, in welcher der CEO der HI-DENT, LLC den Rechtsübergang bestätigt.

- Bedanken Sie sich bei Ihrem Mandanten für das Auftragschreiben und teilen Sie Herrn Dr. Witte mit, dass Sie laut Regel 92bis PCT zur Durchführung der Umschreibung neben der bereits erhaltenen Übertragungserklärung auch eine Vollmacht benötigen. Sie teilen Herrn Dr. Witte mit, dass Ihrem Schreiben ein vorbereitetes Vollmachtsformular beigelegt ist und bitten ihn, dieses firmenmäßig unterzeichnet an Sie zurückzuschicken.

Änderungen nach Art. 19 PCT

Herr Dr. Witte ist mit den am Anmeldetag eingereichten Patentansprüchen nicht zufrieden und möchte im Hinblick auf die im internationalen Recherchenbericht (ISR) zitierten Entgegenhaltungen in der internationalen Phase geänderte Ansprüche einreichen ohne viel Geld für Amtsgebühren auszugeben.

- Bitte teilen Sie ihm mit, dass der Anmelder nach Art. 19 PCT eine einmalige Gelegenheit zur Änderung der Ansprüche hat. Die Ansprüche müssen in der Sprache der Publikation beim Internationalen Büro in Genf eingereicht werden und dürfen nicht über den Offenbarungsgehalt der internationalen Anmeldung am Anmeldezeitpunkt hinausgehen (Art. 19(2) PCT).
- Bei Einreichung der geänderten Ansprüche sind keine Amtsgebühren zu entrichten. Das Honorar Ihrer Kanzlei für die Einreichung der Ansprüche beträgt 200,00 EUR. Ferner ist die Ausarbeitung der geänderten Ansprüche durch Ihren Chef zu berechnen, die hier 250,00 EUR beträgt, beides zzgl. Mehrwertsteuer.
- Teilen Sie Herrn Dr. Witte die Frist zur Einreichung der geänderten Ansprüche mit (s. Deckblatt des vom Mandanten erhaltenen internationaler Recherchenberichts) und bitten Sie ihn, Ihnen baldmöglichst seine Weisungen für die Ausarbeitung der geänderten Ansprüche zu schicken.
- Weisen Sie Herrn Dr. Witte darauf hin, dass die Einreichung bei WIPO auch noch zu einem späteren Zeitpunkt möglich ist, und zwar spätestens bis zum Abschluss der technischen Vorbereitungen für die internationale Veröffentlichung (15 Kalendertage vor dem tatsächlichen Veröffentlichungsdatum). Teilen Sie ein geschätztes Datum (Monat+Jahr) mit.

Unterzeichnen Sie im Auftrag Ihres Ausbilders, der nach Diktat verweist ist.

Anlage: PCT/ISA/220

Viel Erfolg!

PATENT COOPERATION TREATY

From the INTERNATIONAL SEARCHING AUTHORITY

PCT

To:

HI-DENT LLC
20 Silver Street
GB-London WC5R 8PZ
ENGLAND

NOTIFICATION OF TRANSMITTAL OF
THE INTERNATIONAL SEARCH REPORT AND
THE WRITTEN OPINION OF THE INTERNATIONAL
SEARCHING AUTHORITY, OR THE DECLARATION

(PCT Rule 44.1)

Date of mailing 1 April 2011(01.04.2011)
(day/month/year)

Applicant's or agent's file reference

HI-D 2011-2

FOR FURTHER ACTION See paragraphs 1 and 4 below

International application No.

PCT/EP2011/000027

International filing date
(day/month/year)

1 January 2011 (01.01.2011)

Applicant

HI-DENT LLC

1. The applicant is hereby notified that the international search report and the written opinion of the International Searching Authority have been established and are transmitted herewith.

Filing of amendments and statement under Article 19:

The applicant is entitled, if he so wishes, to amend the claims of the international application (see Rule 46):

When? The time limit for filing such amendments is normally two months from the date of transmittal of the international search report.

Where? Directly to the International Bureau of WIPO, 34 chemin des Colombettes
1211 Geneva 20, Switzerland, Facsimile No.: +41 22 338 82 70

For more detailed instructions, see PCT Applicant's Guide, International Phase, paragraphs 9.004 – 9.011.

2. The applicant is hereby notified that no international search report will be established and that the declaration under Article 17(2)(a) to that effect and the written opinion of the International Searching Authority are transmitted herewith.
3. **With regard to any protest against payment of (an) additional fee(s) under Rule 40.2, the applicant is notified that:**
- the protest together with the decision thereon has been transmitted to the International Bureau together with any request to forward the texts of both the protest and the decision thereon to the designated Offices.
- no decision has been made yet on the protest; the applicant will be notified as soon as a decision is made.

4. Reminders

The applicant may submit comments on an informal basis on the written opinion of the International Searching Authority to the International Bureau. The International Bureau will send a copy of such comments to all designated Offices unless an international preliminary examination report has been or is to be established. Following the expiration of 30 months from the priority date, these comments will also be made available to the public.

Shortly after the expiration of **18 months** from the priority date, the international application will be published by the International Bureau. If the applicant wishes to avoid or postpone publication, a notice of withdrawal of the international application, or of the priority claim, must reach the International Bureau before the completion of the technical preparations for international publication (Rules 90bis.1 and 90bis.3).

Within **19 months** from the priority date, but only in respect of some designated Offices, a demand for international preliminary examination must be filed if the applicant wishes to postpone the entry into the national phase **until 30 months** from the priority date (in some Offices even later); otherwise, the applicant must, within **20 months** from the priority date, perform the prescribed acts for entry into the national phase before those designated Offices.

In respect of other designated Offices, the time limit of **30 months** (or later) will apply even if no demand is filed within 19 months.

For details about the applicable time limits, Office by Office, see www.wipo.int/pct/en/texts/time_limits.html and the *PCT Applicant's Guide, National Chapters*.

Name and mailing address of the ISA/

European Patent Office, P.B. 5818 Patentlaan 2
NL-2280 HV Rijswijk

Facsimile No.

Authorized officer

Mark Crashwell

Telephone No. (+31-70) 340-5874

Prüfung
Fachbezogene Informationsverarbeitung
Teil B Mai 2011

- Patentanwaltsfachangestellte -

Ablaufplan für Texterfassen und Gestalten

1. Öffnen Sie die Datei <PA-Vorlagen> im Homeverzeichnis
H: - Unterordner PA-2011- ... und beschriften Sie die Kopfzeile mit

Vor- und Nachname:

Klasse:

Datum:

2. Speichern Sie unter **Lösung-Nachname-Vorname** im gleichen Verzeichnis
3. Ausgabe der Texterfassung mit Autorenkorrektur
Texteingabe in Schriftart „Courier New“ Größe 12 einzeilig =
Standardeinstellung
4. Bearbeitungszeit: 30 Minuten (Zwischenspeicherung jederzeit erlaubt)
5. Endversion speichern
6. Ausdrucken
7. Datei beenden
8. Ausdruck unterschreiben

Abschlussprüfung für Patentanwaltsfachangestellte – Sommer 2011

Fachbezogene Informationsverarbeitung Teil B - Texterfassung

Nach den Vorschriften des Europäischen Patentübereinkommens wird ein Patent nur für Erfindungen erteilt, die neu sind, auf einer erfinderischen Tätigkeit beruhen und gewerblich anwendbar sind. Die Voraussetzungen erfüllt eine Erfindung dann, wenn sie der Öffentlichkeit vor dem Anmeldetag	64 125 184 246 301
beziehungsweise dem Tag ihrer Priorität nicht in irgendeiner Form zugänglich gemacht war, für den Fachmann nicht naheliegend war und gewerblich hergestellt oder benutzt werden kann. Nicht als Erfindung gelten zum Beispiel Entdeckungen, mathematische Methoden, Computerprogramme oder	364 418 474 530 594
Geschäftsverfahren als solche. Auch chirurgische und therapeutische Verfahren sowie Diagnoseverfahren, die am menschlichen oder tierischen Körper vorgenommen werden, sind nicht patentierbar. Ganz ausgeschlossen vom Patentschutz sind neue Pflanzensorten und Tierrassen. Das Europäische	649 708 770 829 890
Patentübereinkommen grenzt selbstverständlich aber auch Erfindungen aus, deren gewerbliche Verwertung gegen die öffentliche Ordnung oder ethische Prinzipien verstoßen würde, wie Verfahren zum Klonen von menschlichen Lebewesen oder die Verwendung von menschlichen Embryonen zu	947 1005 1062 1124 1176
kommerziellen und industriellen Zwecken. Wird eine Idee der Öffentlichkeit bekannt, bevor eine Patentanmeldung eingereicht wird, dann gilt sie nicht mehr als neu. Verhandelt zum Beispiel ein Erfinder vorab mit einem Unternehmen, das an der Nutzung der Erfindung Interesse hat,	1239 1292 1344 1400 1465
empfiehlt es sich, Geheimhaltung zu vereinbaren. Noch besser ist es aber, erst anzumelden und dann zu verhandeln. Dass eine Erfindung am Markt nicht erhältlich ist, bedeutet nicht zwangsläufig, dass sie neu ist. Produktkataloge und Fachzeitschriften daraufhin durchzusehen, was bereits	1528 1587 1650 1703 1758
vorhanden ist, kann ein erster Schritt sein. Als Quelle weit wichtiger ist jedoch der umfangreiche Bestand veröffentlichter Patentdokumente, die Aufschluss über den einschlägigen Stand der Technik geben. Kostenlosen Zugriff und Einsicht in viele Millionen Patentdokumente bieten	1822 1869 1929 1992 2050
verschiedene Datenbanken. Eine Recherche in der Patentliteratur wird dem Erfinder nicht alles erschließen, was er wissen muss. Er wird aber zumindest Anhaltspunkte dafür erhalten, ob seine Erfindung neu ist. Bevor er die mit einer Patentanmeldung verbundenen Kosten auf sich nimmt,	2101 2162 2221 2284 2343
sollte er zudem das Marktpotential der Erfindung prüfen.	2401

Abschlussprüfung für Patentanwaltsfachangestellte – Sommer 2011
Fachbezogene Informationsverarbeitung Teil B - Gestalten

Nach den Vorschriften des Europäischen Patentübereinkommens wird ein Patent nur für Erfindungen erteilt, die neu sind, auf einer erfinderischen Tätigkeit beruhen und gewerblich anwendbar sind. Die Voraussetzungen erfüllt eine Erfindung dann, wenn sie der Öffentlichkeit vor dem Anmeldetag beziehungsweise dem Tag ihrer Priorität nicht in irgendeiner Form zugänglich gemacht war, für den Fachmann nicht naheliegend war und gewerblich hergestellt oder benutzt werden kann. Nicht als Erfindung gelten zum Beispiel fett Entdeckungen⁴ / mathematische Methoden¹, Computerprogramme² oder 1-4/e³ Geschäftsverfahren als solche. Auch chirurgische und therapeutische Verfahren sowie Diagnoseverfahren, die am menschlichen oder tierischen Körper vorgenommen werden, sind nicht patentierbar. Ganz ausgeschlossen vom Patentschutz sind neue Pflanzensorten und Tierrassen. Das Europäische Patentübereinkommen grenzt selbstverständlich aber auch Erfindungen aus, deren gewerbliche Verwertung gegen die öffentliche Ordnung oder ethische Prinzipien verstoßen würde, wie Verfahren zum Klonen von menschlichen Lebewesen oder die Verwendung von menschlichen Embryonen zu kommerziellen und industriellen Zwecken. Wird eine Idee der Öffentlichkeit bekannt, bevor eine Patentanmeldung eingereicht wird, dann gilt sie nicht mehr als neu. Verhandelt zum Beispiel ein Erfinder vorab mit einem Unternehmen, das an der Nutzung der Erfindung Interesse hat, empfiehlt es sich, Geheimhaltung zu vereinbaren. Noch besser Schaff. 15% ist es aber, erst anzumelden und dann zu verhandeln. Dass eine Erfindung am Markt nicht erhältlich ist, bedeutet nicht zwangsläufig, dass sie neu ist. Produktkataloge und Fachzeitschriften daraufhin durchzusehen, was bereits vorhanden ist, kann ein erster Schritt sein. einrücken

Als Quelle weit wichtiger ist jedoch der umfangreiche Bestand veröffentlichter Patentdokumente, die Aufschluss über den einschlägigen Stand der Technik geben. [Kostenlosen Zugriff und Einsicht in viele Millionen Patentdokumente bieten verschiedene Datenbanken. Eine Recherche in der Patentliteratur wird dem Erfinder nicht alles erschließen, was er wissen muss. Er wird aber zumindest Anhaltspunkte dafür erhalten, ob seine Erfindung neu ist. [Bevor er die mit einer Patentanmeldung verbundenen Kosten auf sich nimmt, sollte er zudem das Marktpotential der Erfindung prüfen.

doppelt
unterstr.

Groß-
buchstaben

Abschlussprüfung für Patentanwaltsfachangestellte – Sommer 2011
Fachbezogene Informationsverarbeitung Teil B - Gestalten

Aufgaben:

1. Geben Sie den Text fehlerfrei im einfachen Zeilenabstand mit allen Korrekturen ein.
2. Die Überschrift steht in Zeile 15 und lautet:
Das europäische Patent
3. Beginn des Textes: Zeile 17
4. Gestalten Sie die Überschrift wie folgt:
Schriftart: Times New Roman; Schriftgröße: 24; zentriert
5. Die Überschrift erhält einen schattierten Rahmen (über Absatz),
Linienart: einfach; Linienstärke: 2 ¼ pt.
6. Rücken Sie den Rahmen der Überschrift von links und rechts um 2 cm ein.
7. Erstellen Sie eine Fußnote für das Wort Priorität
Der Fußnotentext lautet:
Der Begriff "Priorität" bezeichnet den Vorrang einer Sache.
8. Gestalten Sie die Aufzählung normgerecht.
9. Unterstreichen Sie das separate Wort <Erfindung> bei jedem Vorkommen im Text.
10. Fügen Sie linksbündig in die Fußzeile den Autotext <Dateiname und Pfad> ein und formatieren Sie in Schriftgröße 10.
11. Führen Sie den manuellen Seitenwechsel vor <Wird eine Idee der Öffentlichkeit bekannt, ...> durch.
12. Nummerieren Sie beide Seiten normgerecht.
13. Führen Sie die Silbentrennung und Randkontrolle durch.

Viel Erfolg!

**Abschlussprüfung für Patentanwaltsfachangestellte – Sommer 2011
Fachbezogene Informationsverarbeitung Teil B - Gestalten**

Texterfassung (max. 40 P.)

Fehler:

Punkte:

Textbearbeitung (max. 60 P.)

Fehlerpunkte:

Punkte:

Gesamt:
